

Die Landambulatorien führten zu einer wesentlichen Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der Landbevölkerung. In wachsendem Umfange erfolgen dort fachärztliche Sprechstunden und Beratungen durch die Ärzte der Polikliniken.

Die seit dem Jahre 1945 entstandenen Einrichtungen des Betriebsgesundheitsschutzes gehen immer mehr dazu über, neben der Behandlung erkrankter Arbeiter und Angestellter den Einfluß der Arbeitsbedingungen auf den Gesundheitszustand zu erforschen und auf dieser Grundlage Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten durchzuführen.

Nachdem in den ersten Jahren des friedlichen Aufbaues viele Kriegsschäden bei Krankenhäusern und Sanatorien beseitigt und die notwendigen Behandlungsmöglichkeiten gesichert waren, wurde im ersten Fünfjahrplan mit der Erweiterung der vorhandenen Einrichtungen und dem Neubau großer Behandlungs- und Forschungsstätten begonnen. Unter ihnen befinden sich die Krankenhäuser in Aue, Stalinstadt, Berlin-Friedrichshain, Hennigsdorf und die Tuberkulose-Heilstätte Bad Berka. Durch die Vereinigung der großen Mehrzahl der poliklinischen Einrichtungen mit den Krankenhäusern wurden wichtige Voraussetzungen für die weitere Verbesserung der medizinischen Betreuung der Bevölkerung geschaffen.

Die erreichten Erfolge kommen in folgenden Zahlen zum Ausdruck:

	1948	1950	1953
Betten in Krankenhäusern	173 458	188 016	197 126
Polikliniken	162	216	260
Poliklinische Ambulanzen (Ambulatorien) ..	119	267	286
Landambulatorien	2	137	250
Betriebspolikliniken	24	43	67
Betriebsambulatorien	*	*	144
Betriebssanitätsstellen	1 482	2 458	3 292

Durch den selbstlosen Einsatz aller Mitarbeiter des Gesundheitswesens und die Hilfe unserer sowjetischen Freunde konnten die infolge des Krieges verstärkt aufgetretenen Seuchen in erstaunlich kurzer Zeit eingedämmt und manche Seuchen beseitigt werden. Der Übergang zum systematischen Schutz der Gesunden vor Infektionskrankheiten war eine Voraussetzung für diesen Erfolg. Durch die Entwicklung einer planmäßigen, vorbeugenden Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten war es z. B. möglich, auf dem Gebiete der Tuberkulose die Zahl der Neuerkrankungen bis zum Jahre 1953 um 40 % gegenüber dem Jahre 1949 herabzusetzen; bei den ansteckenden Formen der Tuberkulose betrug die Senkung sogar 51 %.

Auf dem Gebiete des Mutter- und Kinderschutzes wurde die Anzahl der Beratungsstellen für Mutter und Kind ständig erweitert und verbessert sowie ein besonderer Frühgeburtsdienst eingerichtet. Es gelang, die Säuglingssterblichkeit um 40,3 % zu senken, d. h. Ergebnisse zu erzielen, die vor 1945 in Deutschland in den besten Zeiten nicht erreicht werden konnten. Die Anzahl der Entbindungsbetten wurde von 1948 bis 1953 verdoppelt. Für schwangere Frauen mit schwacher Gesundheit können jährlich in besonderen Heimen 9500 Kuren durchgeführt werden. Die Anzahl der Plätze in Kinderkrippen wurde von 368 im Jahre 1948 auf 31 347 im Jahre 1953 erhöht. Dabei stieg die Anzahl der Ernte- und Saisonkrippen von vier im Jahre 1951 auf 291 im Jahre 1953.

Die volkseigene pharmazeutische Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik hat bedeutende Erfolge in der Produktion von Arzneimitteln und in der Verbesserung ihrer Qualität errungen. In der Produktion von medizinischen Instrumenten, Geräten, Apparaten und anderen Artikeln des Krankenhausbedarfs wurden Fortschritte erreicht, die zur ständigen Verbesserung der medizinischen Betreuung der Bevölkerung beitragen.

In der Deutschen Demokratischen Republik haben die Ärzte und das gesamte medizinische Personal eine gesicherte Existenz und viele Möglichkeiten der ständigen Qualifizierung. Durch den neuen Kurs in der Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wurden ihre Arbeits- und Lebensbedingungen, insbesondere der Ärzte, weiter verbessert. Zum Beispiel beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen der Assistenzärzte aus haupt- und nebenberuflicher Tätigkeit 1200 DM.

In Westdeutschland dagegen sind mehr als 4000 Ärzte arbeitslos, obwohl sie für die Verbesserung der medizinischen Versorgung der Werktätigen dringend benötigt würden. Tausende von westdeutschen Ärzten erhalten keine oder eine schlechtere Vergütung als das Heilhilfspersonal. Die Mittel, die von der Bonner Regierung für die medizinische Betreuung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, verringern sich immer mehr. Im Jahre 1953 wurden aus der Sozialversicherung in Westdeutschland 555 Millionen Mark für den Bonner Staatshaushalt entnommen. Dadurch sind die Leistungen der Sozialversicherung in Westdeutschland schlechter als in der Deutschen Demokratischen Republik, deren Regierung im gleichen Jahre 388 Millionen DM der Sozialversicherung zusätzlich zur Verfügung gestellt hat.

Diese Vernachlässigung des Gesundheitsschutzes im Westen unserer Heimat ist eine Folge der Politik der Remilitarisierung und der Eingliederung Westdeutschlands in das aggressive amerikanische Paktsystem mit der doppelten Ausbeutung der Werktätigen. Wo der Krieg vorbereitet wird, kann das Leben nicht gedeihen.

In der Deutschen Demokratischen Republik verbessern die fortschrittlichen Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes die Lage der Werktätigen ständig. Von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialversicherung werden jährlich mehr Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Der neue Kurs in der Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und insbesondere die Verordnung vom 10. Dezember 1953 über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der

* Wurden 1948 und 1950 noch nicht gesondert erfaßt.